

Herausforderungen der Industriekrise für Arbeiter:innen und ihre Gewerkschaft PRO-GE

Christina Höferl, Bernhard Leubolt / Gewerkschaft PRO-GE

Die österreichische Industrie erlebt seit 2023 die bisher längste Rezession der Zweiten Republik. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine (seit 2022) führte zu enormen Anstiegen der Energiepreise und in weiterer Folge zur Teuerungskrise. In Österreich war die Inflation stärker als in den anderen westeuropäischen Ländern. Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse in den Verhandlungen der Kollektivverträge richteten sich nach der Inflation und führten somit dazu, dass die Löhne und Gehälter in Österreich stärker stiegen als in den anderen Mitgliedsländern der EURO-Zone.

Seit 2023 ist das Wirtschaftswachstum rückläufig. Besonders in der Industrie, deren Wertschöpfung seit 2023 sinkt. Das wirkt sich seither auch negativ auf die Beschäftigung aus. Seit 2023 stieg die Arbeitslosigkeit in Österreich von 6,4% (2023) auf 7,3% (04/2025). Besonders vom Anstieg betroffen sind Industriearbeiter:innen. Im Branchenvergleich ist der Anstieg in der Warenherstellung schon über viele Monate hinweg mit Abstand am stärksten. In unserem Beitrag wollen wir die aktuelle Situation in der Krise und ihre Auswirkungen auf die Gewerkschaft PRO-GE sowie die Industriearbeiter:innen betrachten. Davon ausgehend möchten wir diskutieren, warum es zur Bewältigung gerade die Stärkung von Industriearbeiter:innen braucht.

Industrie- und Wirtschaftskrise

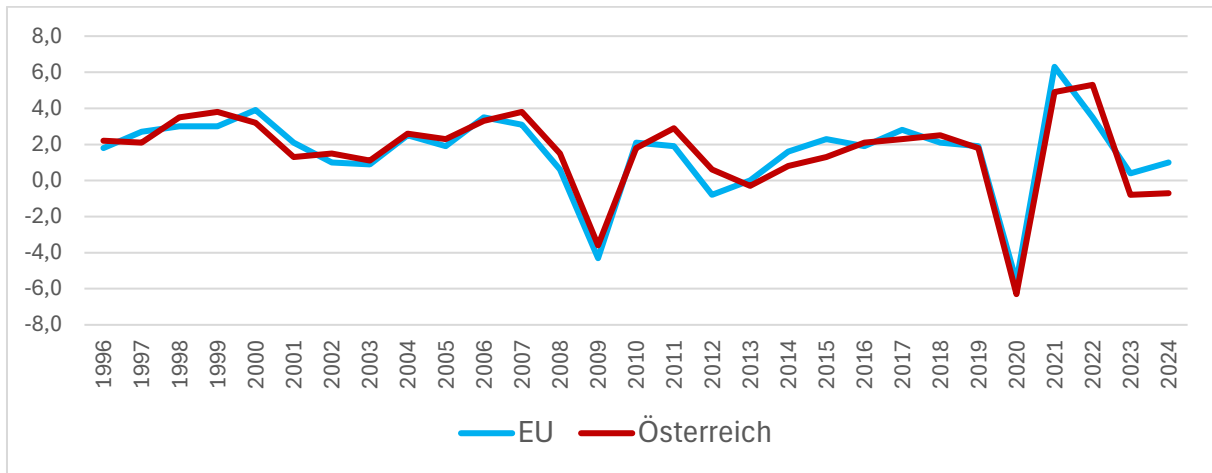
Die neoliberale Entwicklung der letzten Jahrzehnte erhöhte die Anfälligkeit von Wirtschaft und Gesellschaft für Krisen. Besonders seit der letzten großen Finanzkrise 2007-2009 wird betont, dass die Krisen sich nicht auf die Wirtschaft beschränken, sondern auch die Natur, Politik und Soziales betreffen.¹ In diesem Beitrag widmen wir uns vordergründig den wirtschaftlichen Aspekten der Krise und gehen ansatzweise auf ökologische, politische und soziale Aspekte der Krisen ein.

Seit dem Ausbruch der Covid-19 Pandemie spitzte sich die Tendenz zu Krisen nochmals zu. Die Pandemiekrise äußerte sich nicht nur als Gesundheitskrise, sondern auch als Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. In Europa wurden viele negative Auswirkungen der Krise durch staatliche Beihilfen und Förderungen abgefangen. Das führte in Europa zwar zu einem drastischen Anstieg der Staatsverschuldung, milderte aber die dramatischsten Folgen der Krise ab. Wirtschaftlich

¹ Vgl. z.B. Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker, Pauline Bader (Hrsg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus. VSA Verlag, Hamburg 2011.

kam es in Österreich, ebenso wie in Europa, 2020 zu einem starken Einbruch – in den Jahren 2021 und 2022 erholte sich die Wirtschaft aber sehr schnell. Abbildung 1 zeigt diese Entwicklung.

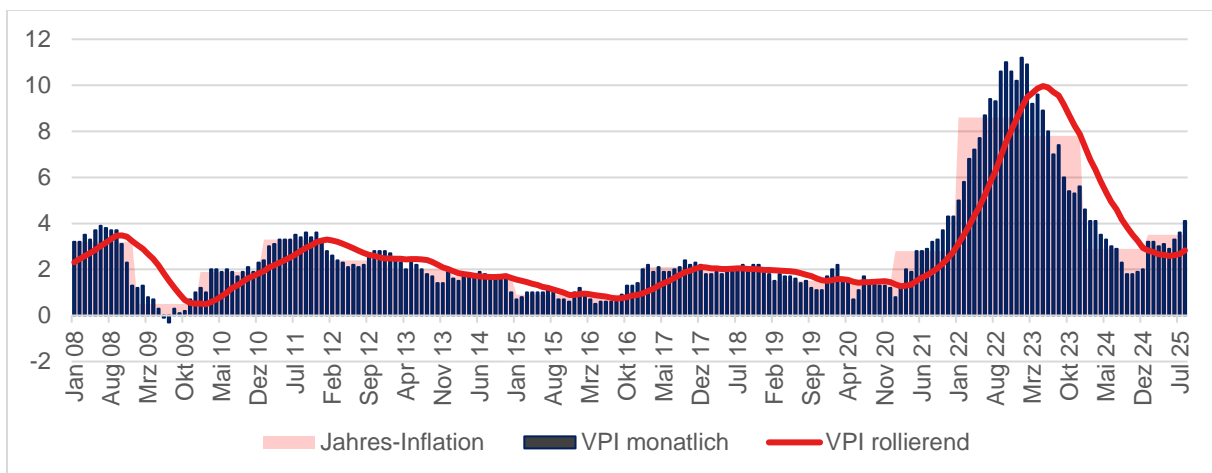
Abbildung 1: BIP-Wachstum in % gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Eurostat

Der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 leitete dann gleich die nächste Krise ein: Die schnelle Verteuerung von russischem Erdgas in Verbindung mit großen Abhängigkeiten von russischen Gas-Lieferungen und der europäischen Regulierung der Strommärkte kam es zu einem starken Anstieg der Energiepreise, der weitere Preis-Anstiege nach sich zog. Die Teuerungskrise traf Österreich besonders hart, weil die Bundesregierung nicht aktiv in die Energiepreise eingriff. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Inflationsraten.

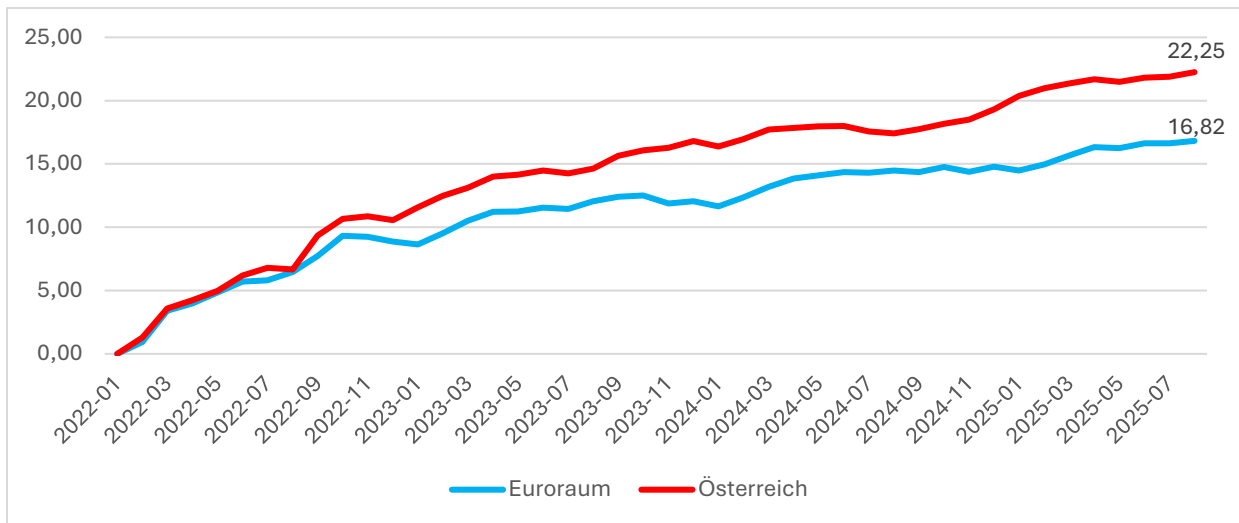
Abbildung 2: Inflation (Verbraucherpreisindex - VPI)



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen und Darstellungen

Die Inflation war in Österreich deutlich höher als in der Eurozone. Abbildung 3 zeigt dieses Inflationsdifferenzial, das zwischen Jänner 2022 und August 2025 auf fast 5,5 Prozentpunkte wuchs.

Abbildung 3: Inflation (HVPI) in % Erhöhung seit 01/2022



Quelle: Eurostat

In Österreich zeigt sich die Krise besonders ab 2023 in den wirtschaftlichen Statistiken (siehe Abbildung 4). Die Jahre 2021 und 2022 waren von einer Art „aufholendem Wirtschaftswachstum“ nach den intensiven Corona Lockdowns 2020 geprägt. Der Einbruch des BIP des Jahres 2020 wurde 2022 wieder aufgeholt. Der private Konsum trug maßgeblich zur wirtschaftlichen Dynamik bei. Die Arbeitslosigkeit sank relativ schnell von 8% (2021) auf 6,3% (2022). Die laufende Pensionierungswelle der „Baby Boom Generation“ führte zu Personalknappheit am Arbeitsmarkt.

Tabelle 1: Wirtschaftliche Eckdaten, Österreich

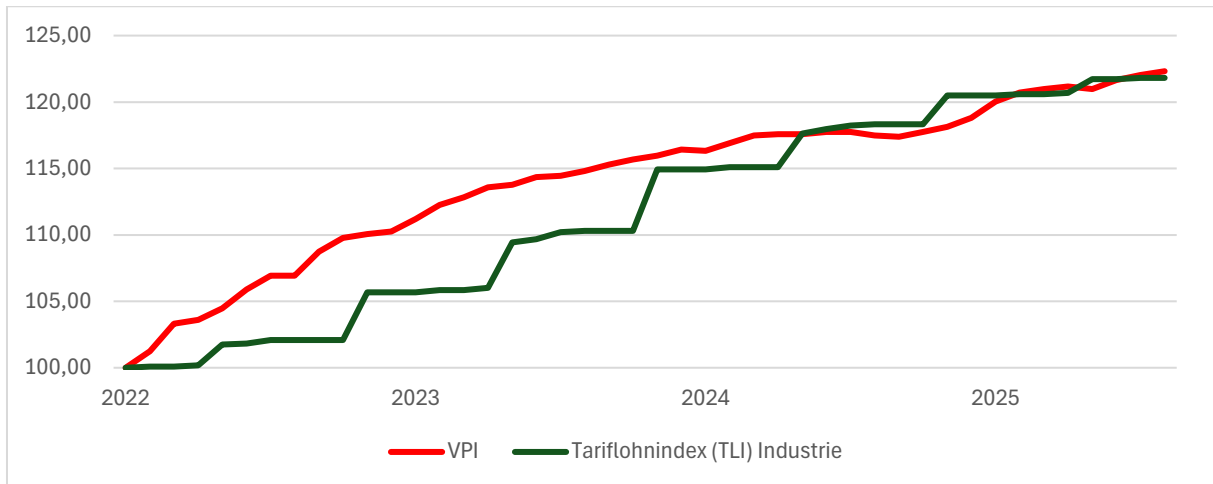
	2021	2022	2023	2024	2025	2026
BIP Wachstum	4,9%	5,3%	-0,8%	-0,7%	0,3%	1,1%
Private Konsumausgaben	4,9%	5,4%	-0,2%	1,0%	0,6%	0,8%
Investitionen	6,0%	-0,3%	-1,3%	-4,3%	-0,3%	1,2%
Inflation (VPI)	2,8%	8,6%	7,8%	2,9%	3,5%	2,4%
Arbeitslosenquote	8,0%	6,3%	6,4%	7,0%	7,5%	7,3%
Löhne/ Gehälter pro Kopf, real netto	-0,8%	-2,7%	-0,5%	+5,4%	-0,1%	+0,2%
Löhne/ Gehälter pro Std., real netto	-4,0%	-2,4%	-0,2%	+3,5%	-0,1%	-0,1%
Leistungsbilanz-Saldo % d. BIP	1,7%	-1,3%	1,6%	1,5%	0,8%	0,7%

Quelle: WIFO Konjunkturprognose 3/2025

Die Inflationskrise zeigte aber ab 2022 erste Auswirkungen. Die Investitionstätigkeit von Unternehmen ging zurück. Die Reallöhne sanken mit dem Anstieg der Inflation deutlich. Dieses Sinken ist insbesondere auf die Logik der Kollektivvertrags(KV)-Verhandlungen zurückzuführen. Basis für die Verhandlungen ist immer die rollierende Inflation, d.h. der Durchschnitt des gesamten vergangenen Jahres (siehe Abbildung 2). Kommt es zu einem starken Anstieg der Inflation, wirkt sich dieser Anstieg erst verzögert auf die rollierende Inflation aus. Sinken die Inflationsraten schnell, sind auch die Auswirkungen auf die rollierende Inflation verzögert. Daher lag die Basis für die Verhandlungen für die Jahre 2021 bis 2023 unter der Inflation und erst im Jahr

2024 konnten die Reallohnverluste der letzten Jahre ausgeglichen werden. Abbildung 4 verdeutlicht diese Entwicklungen. Der Ausgleich der Inflationsverluste in den KV-Verhandlungen war hart erkämpft. Insbesondere die Verhandlungen der Metallindustrie im Herbst 2023 waren von intensiven Arbeitskämpfen begleitet.

Abbildung 4: Inflation (VPI) und Tariflohnindex, Index 01/2022=100

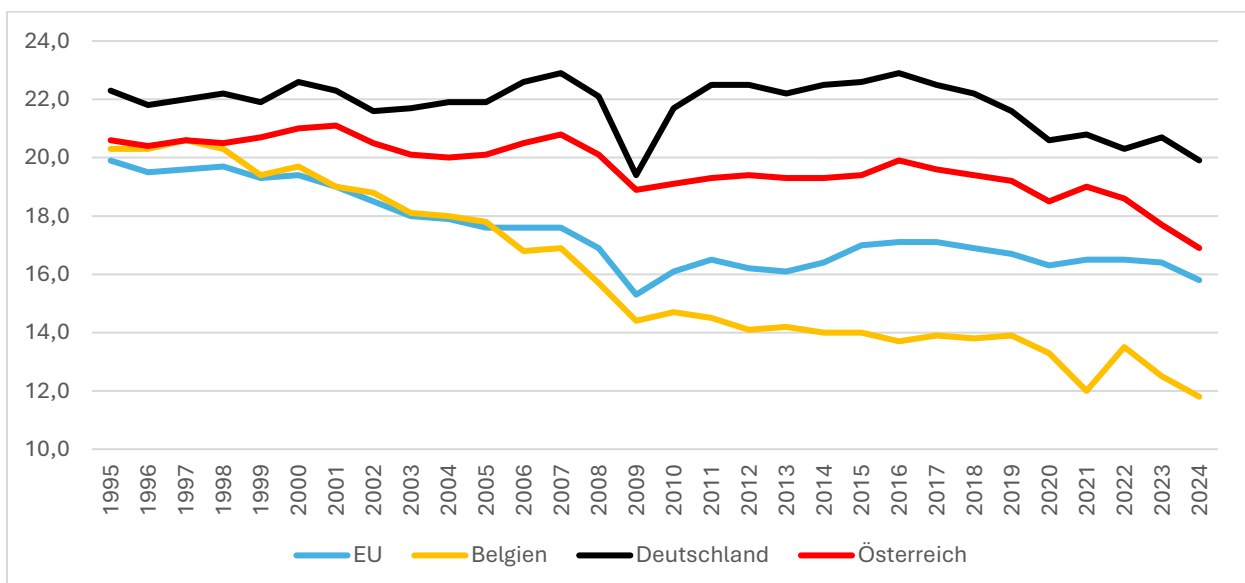


Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen und Darstellungen

Industriekrise

Der Ausgleich der Teuerungsverluste wurde verhandelt, während die Industrie in eine Krise schlitterte. Die stark gestiegenen Kosten für Energie waren ein maßgeblicher Faktor, aber nicht der einzige. Abbildung 5 zeigt, dass die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten deutlich schwächere Anzeichen einer De-Industrialisierung aufwies als das im Durchschnitt der anderen EU-Länder der Fall war.

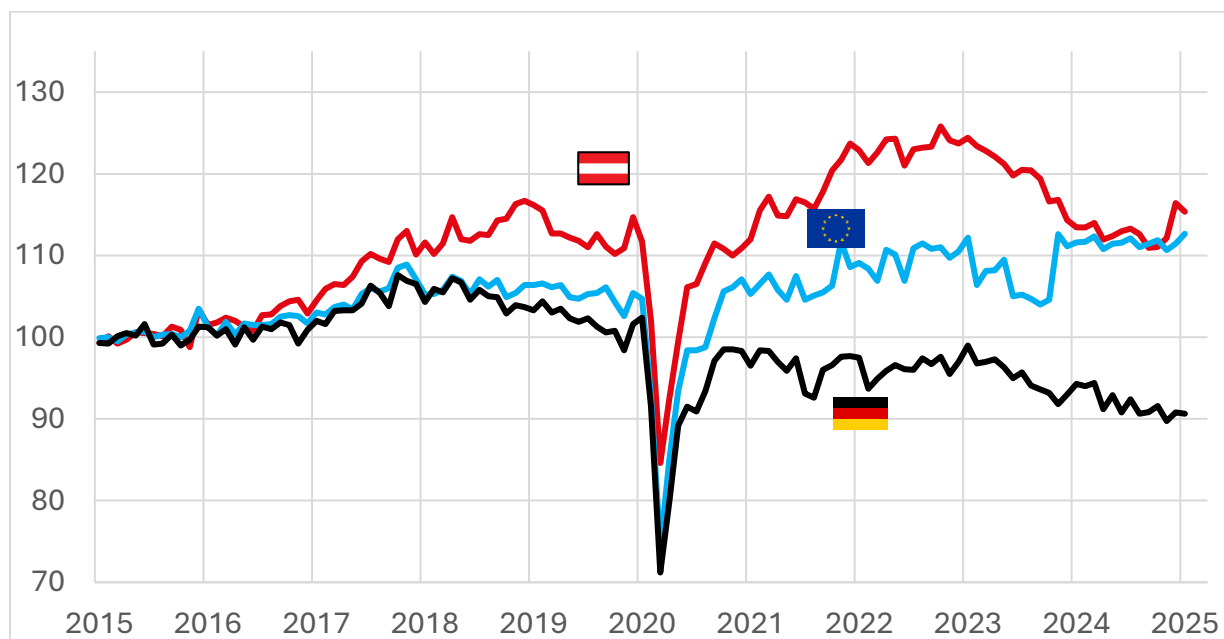
Abbildung 5: Bruttowertschöpfung: Anteil der Industrie (Herstellung von Waren) an Gesamtwertschöpfung (in %)



Quelle: Eurostat

Die Nähe zu Deutschland führte zu relativ engen Verflechtungen, insbesondere mit der deutschen Automobilindustrie. Im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedern wie etwa Belgien konnte sich die Industrie in Österreich behaupten und entwickelte spezifische Stärken: Die Struktur der Industrie ist von Klein- und Mittelbetrieben geprägt, die nicht nur Stärken in der flexiblen Belieferung der deutschen Automobilindustrie aufwiesen. Die österreichische Industrie spezialisierte sich zunehmend auf das Beliefern von Nischen am Weltmarkt. Beständige Investitionen in moderne Betriebsausstattung sicherten die Produktivität der Industrie. Daher konnten die Industrieunternehmen trotz relativ hoher Löhne und Gehälter verhältnismäßig große Gewinne erwirtschaften. Die Produktivität der Industrie war relativ hoch. Das führte dazu, dass die Lohnstückkosten (Verhältnis der Lohnkosten zur Produktivität) relativ niedrig waren. Daher kann die Entwicklung der österreichischen Industrie bis 2023 im europäischen Vergleich als Erfolgsmodell betrachtet werden. Die Entwicklung des Produktionsvolumens (siehe Abb. 6) verdeutlicht das: Im Vergleich zum EU-Schnitt und besonders im Vergleich zu Deutschland entwickelte sich die österreichische Industrie dynamischer.²

Abbildung 6: Produktionsvolumen, Herstellung von Waren, Index 2015=100



Durch den Anstieg der Gas- und Energiepreise 2022 fiel ein preislicher Standortvorteil Österreichs weg. Außerdem zeigten sich auch zunehmend stärkere Anzeichen der Krise der Automobil- und ihrer Zuliefer-Industrie. Diese Krise hängt mit technologischen Veränderungen (Verbrenner-Motor vs. Elektro-Motor, Einführung KI,...) ebenso zusammen wie mit Veränderungen in der

² Vgl. dazu: Marterbauer, Markus (2025): Österreichs Industrie: Wie es nach jahrzehnte-langer Erfolgs-story zur Rezession kam. Online: <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oesterreichs-Industrie-Rezession>

Weltwirtschaft und wird im folgenden Abschnitt näher beschrieben. Hier noch eine Übersicht über wichtige Industrie-Produktivitätskennzahlen und ihre Entwicklung seit 2021 (Tab. 2).

Tabelle 2: Produktivitätskennzahlen, Herstellung von Waren

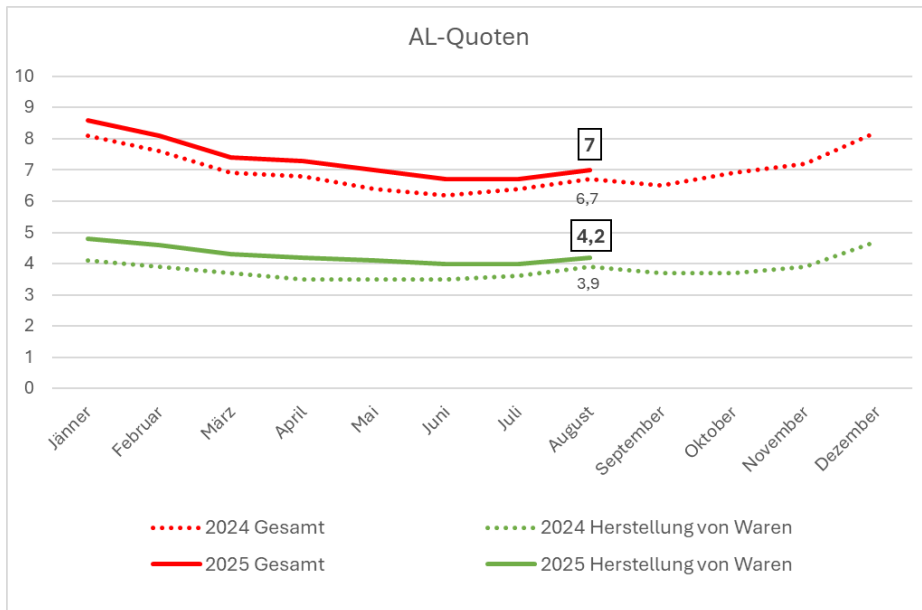
	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Bruttowertschöpfung, real	10,6%	8,3%	-3,3%	-5,6%	-0,5%	1,2%
Produktion pro Kopf	9,9%	5,9%	-4,7%	-4,8%	1,5%	1,2%
Stundenproduktivität	5,4%	6,8%	-4,2%	-5,5%	1,8%	1,5%
Lohnstückkosten, nominell	-6,2%	-0,7%	12,0%	11,9%	4,4%	1,1%

Quelle: WIFO Konjunkturprognose 3/2025

Tabelle 2 zeigt, dass die Jahre 2021 und 2022 von einem starken Aufholprozess nach der Corona-Krise geprägt waren. Das Industrie-Wachstum (Bruttowertschöpfung) machte mit 10,6% und 8,3% die Verluste der 2020er Krise mehr als wett (siehe Abb.6). Entsprechend entwickelten sich die davon abgeleiteten Produktivitäts-Indikatoren äußerst positiv. Die Produktivität stieg noch bis ins erste Jahr der Teuerungskrise 2022 stark an. Gleichzeitig sanken die Reallöhne. Daher sanken auch die Lohnstückkosten bis 2022. 2023 und 2024 kamen dann Industriekrise und höhere Lohnabschlüsse zusammen. In der Folge stiegen die Lohnstückkosten und wurden zu einem zentralen Thema für Interessensvertreter:innen der Unternehmen (zB IV-Präsident Knill). Die einfache Formel für die Krise, Österreich habe sich durch die hohen Lohnabschlüsse „aus dem Wettbewerb gepreist“ übersieht aber jedenfalls die Strukturprobleme der österreichischen Industrie und Wirtschaft.

Beschäftigung, Arbeitslose Personen und Schulungsteilnehmende in der Industrie

Die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre schlägt sich mittlerweile klar erkennbar am Arbeitsmarkt nieder. Im Jahr 2024 kam es zu einem deutlichen Anstieg an Arbeitslosigkeit. Davon war die Herstellung von Waren mit zweistelligen Zuwachsraten über mehr als ein Jahr stark betroffen. Dennoch liegt die Arbeitslosenquote der Branche weit unter der Gesamten. Grund dafür waren Bedingungen vor der Krise, die einer Vollbeschäftigung gleichkamen. Die folgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquote der Branche im Vergleich zur Gesamtwirtschaft seit Jänner 2024.



Eigene Darstellung anhand Daten des Arbeitsmarktservice Österreich (Zugegriffen: 22.09.2025)

In den beiden folgenden Tabellen soll das Verhältnis der Herstellung von Waren zur Gesamtwirtschaft greifbarer werden. Unter anderem zeigen sie, dass im August 2025 mehr als jede 6. unselbständig erwerbstätige Person in der Herstellung von Waren tätig war.

August 2025

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitskräftepotential		
	Bestand	Veränderung absolut*	Veränderung relativ*	Bestand	Veränderung absolut*	Veränderung relativ*
Alle Branchen	3.992.608	1.817	0	4.294.029	15.780	0,4
Herstellung von Waren	624.304	-12.804	-2,0	651.381	-11.250	-1,7
Arbeitskräfteüberlassung	78.790	-4.054	-4,9	103.608	-4.392	-4,1

* zum Vorjahr

Eigene Darstellung anhand Daten des Arbeitsmarktservice Österreich (Zugegriffen: 22.09.2025)

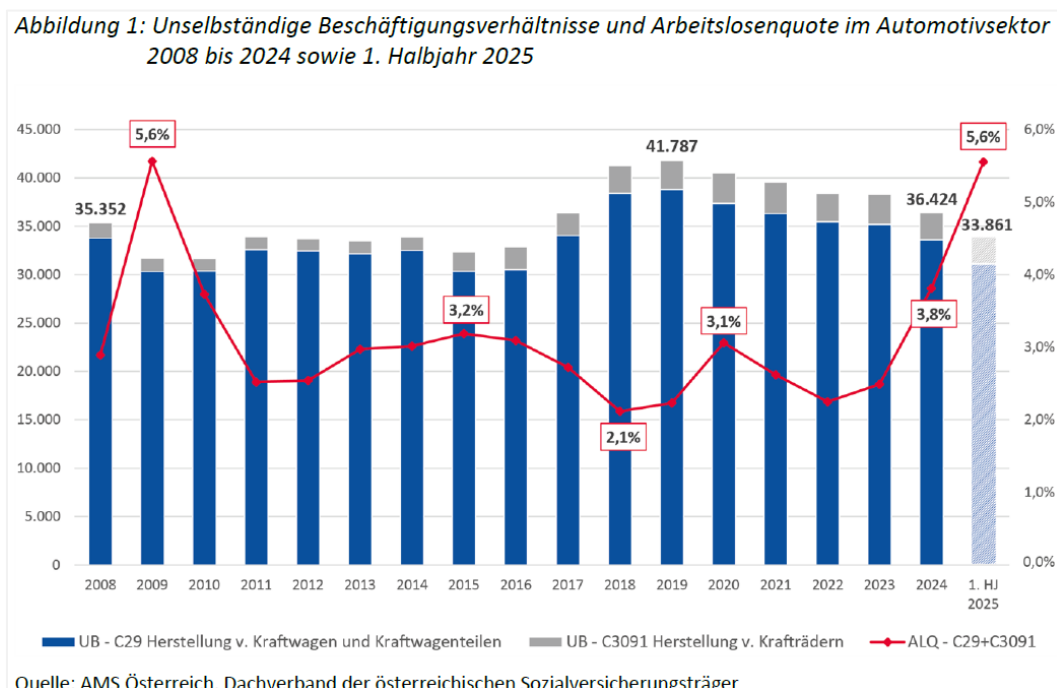
	Arbeitslose Personen			Arbeitslose Personen & Schulungsteilnehmende			Arbeitslosenquote
	Bestand	Veränderung absolut*	Veränderung relativ*	Bestand	Veränderung absolut*	Veränderung relativ*	

Alle Branchen	301.421	13.963	4,9	367.120	14.864	4,2	7,0
Herstellung von Waren	27.077	1.554	6,1	31.954	2.000	6,7	4,2
Arbeitskräfteüberlassung	24.818	-338	-1,3	28.249	-791	-2,7	24,0

* zum Vorjahr

Eigene Darstellung anhand Daten des Arbeitsmarktservice Österreich (Zugegriffen: 03.09.2025)

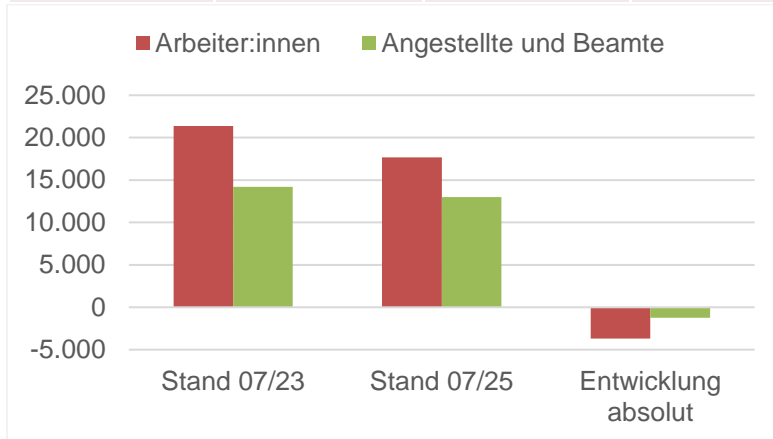
In der Automotivbranche zeigt sich die Krise zunehmend immer deutlicher. Die Arbeitslosigkeit steigt anhaltend an und die Arbeitslosenquote lag Ende des 1. Halbjahrs bei 5,6 Prozent – wie zuletzt im Jahr 2009. Zeitgleich geht die Beschäftigung im ersten Halbjahr im Vergleich zum Halbjahr des Vorjahres um 8 Prozent zurück. Beide Entwicklungen werden in folgender Darstellung anschaulich gegenübergestellt.



Wählen wir den kürzeren Betrachtungszeitraum der vergangenen beiden Jahre, ging die Beschäftigung in der Automotivbranche sogar um rund 13,8 Prozent zurück. Bei genauerem Blick sind es Arbeiter:innen die davon mit 17,3 Prozent doppelt so stark betroffen waren, wie Angestellte mit 8,6 Prozent.

	Alle Beschäftigten	Arbeiter:innen	Angestellte und Beamte
Stand 07/23	35.565	21.360	14.205
Stand 07/25	30.655	17.669	12.986

Entwicklung absolut	-4.910	-3.691	-1.219
Entwicklung relativ	-13,8	-17,3	-8,6



Eigene Darstellung anhand Daten der Sozialversicherung, Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Stand: 11.09.2025)

Krise der Exportwirtschaft, Krise der Auto-Industrie

Die Automobilindustrie ist der wichtigste Industriezweig Deutschlands. In Österreich ist zwar die Endfertigung der Autos deutlich weniger präsent als in Deutschland. Dafür gibt es aber viele Zulieferbetriebe in den unterschiedlichsten Industrie-Branchen. Die Zuliefer-Industrie ist schon seit längerer Zeit mit dem Problem konfrontiert, dass die End-Produzenten in den letzten Jahren ihre Verkaufsstrategien veränderten: Der Trend ging stark in Richtung des Verkaufs teurerer Autos mit höheren Gewinn-Margen (v.a. SUVs), von denen dafür geringere Stückzahlen werden. Viele Zulieferbetriebe verloren damit einen wichtigen Wettbewerbsvorteil, weil die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen zurück ging, während das Angebot konstant blieb. Daher mussten die Zuliefer-Betriebe zuletzt mit deutlich geringeren Gewinnmargen auskommen als davor. Nachfolgende Grafik aus „The Economist“ (June 28th 2025, S. 52) verdeutlicht die Problematik:



Die Strukturprobleme enden aber nicht bei den Zulieferbetrieben, sondern betreffen auch die End-Fertiger. Zwei miteinander verbundene Probleme betreffen die technologische Transformation von Verbrenner-Motor zum Elektro-Motor und Verschiebungen der wirtschaftlichen Gegebenheiten: Die letzten Jahrzehnte in Europa waren stark geprägt von Neoliberalismus und „Exportismus“ deutscher Prägung³. Unternehmerische und wirtschaftspolitische Strategien wurden dahin getrimmt, möglichst hohe Export-Überschüsse zu erzielen. Das führte u.a. dazu, dass Löhne vor allem als Kosten-Faktoren im internationalen Standort-Wettbewerb galten und kaum noch als zentral für die Nachfrage. Daher kam auch die steigende Beachtung von Lohnstückkosten als volkswirtschaftliche Messgröße⁴. In der Logik des „Exportismus“ war es naheliegend, sich auf den „Wachstumsmarkt“ in China zu konzentrieren. Wie die folgende Grafik zeigt, war diese Logik etwa bis 2020 überaus erfolgreich. Der Anteil an Verkäufen importierter Autos (v.a. aus Deutschland) stieg in China bis über 60% (2020). In den letzten fünf Jahren sank der Anteil aber kontinuierlich und beträgt aktuell nur noch etwa 30%.



Die Zollpolitik der Trump-Regierung verschärft die Probleme des „Exportismus“ noch zusätzlich. Die Schutzzölle auf Stahl und Automobile übertreffen die Lohnerhöhungen um eine beträchtliche Summe. Lohnverzicht ist daher auch nicht sehr vielversprechend für den Umgang mit der Krise.

³ Vgl. Nölke, Andreas (2022): Exportismus: Die deutsche Droge. Frankfurt: Westend.

⁴ Vgl. dazu: Marterbauer, Markus und Walterskirchen, Ewald (2002): Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten. WIFO. Online: <https://www.wifo.ac.at/publication/106449/>

Vielmehr müssen die produzierenden Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Praxis realisieren, dass die wichtigsten Wettbewerbsvorteile österreichischen (und deutscher) Unternehmen nicht durch niedrige Produktions- und Lohnkosten entstanden und entstehen. Es geht vielmehr um Technologieführerschaft, Qualität, Flexibilität und das erfolgreiche Bedienen internationaler Nischenmärkte. Grundvoraussetzung dafür sind einerseits ausreichende Investitionen in den Industriestandort und andererseits Investitionen in die Ausbildung der österreichischen Beschäftigten. Nur motivierte und gut qualifizierte Arbeitskräfte können auf Dauer den Wirtschaftsstandort sichern.

Qualifizierung in der Industrie

Während wir in manchen Bereichen einen Rückgang von Beschäftigung beobachten, verstärkt sich in anderen ein Arbeitskräftemangel. Zunehmend werden Qualifikationen und Tätigkeiten nachgefragt, die vom Arbeitsmarkt aktuell nicht unmittelbar abgedeckt werden können. Qualifizierung kann ein entscheidender Schlüssel zur Bewältigung dieser Herausforderungen sein.

Mit dem dualen Ausbildungssystem verfügt Österreich über eine besonders Praxisorientierte Ausbildungsschiene - mit über 100.000 Lehrlingen im Jahr 2024. Die drei häufigsten Lehrberufe sind technischer Natur – Elektro-, Metall und Kraftfahrzeugtechnik. Die Anzahl aller Lehrbetriebe der Anzahl aller Lehrlinge gegenübergestellt zeigt nun schon seit Jahren in fast allen Branchen die fortsetzende Entwicklung, dass immer mehr Lehrlinge auf einen einzelnen Lehrbetrieb kommen. Seit 2016 ist die Anzahl an Lehrlingen in der Industrie sogar leicht gestiegen, während die Anzahl an Lehrbetrieben leicht zurückgegangen ist.

Allgemein wird uns aus den Betrieben ein hoher Druck auf das gesamte Wissensmanagement gespiegelt. Mit aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Kolleg:innen geht systemisches Wissen verloren, nur Einzelne erhalten Qualifizierungen auf neue Arbeitssysteme und eine Höher- oder Umqualifizierung ist oft nur für höher Qualifizierte vorgesehen. Menschen, die schon viele Jahre in angelernten Tätigkeiten beschäftigt sind, würde eine Formalisierung ihrer Qualifikation viele weitere Perspektiven eröffnen - und damit auch dem Betrieb. Jedoch ist für sie das Nachholen solcher Abschlüsse oftmals eine finanziell nicht zu überwindende Hürde und zeitlich nicht mit der Erwerbsarbeit vereinbar. Betrieben kommt in Bezug auf die Qualifizierung dieser Gruppe und damit der Hebung ihrer Potentiale eine besonders hohe Verantwortung zu.

Handlungsfähigkeit der Beschäftigten

Gleichzeitig haben wir in der Herstellung von Waren oftmals gut organisierte Beschäftigte mit lang gewachsenen und damit resilienten Strukturen der betrieblichen Mitbestimmung – in Form von Betriebsrats- und Jugendvertrauensratskörperschaften. Diese auf betrieblicher Ebene gelebt Sozialpartnerschaft hat viele Auswirkungen – von besseren Arbeitsbedingungen bis hin zur Teilnahme an den Verhandlungen des eigenen Kollektivvertrags. Ein Rückgang der Beschäftigung in diesen Bereichen wirkt sich unweigerlich auch auf die Handlungsfähigkeit vieler Beschäftigter in Österreich aus.